

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

II. Verwaltungs-Rechtspflege

[urn:nbn:de:bsz:31-189943](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-189943)

Für 2 Schiedsgerichte gewerblicher Berufsgenossenschaften mit dem Sitz in Mannheim:

Vorsitzender: Rudolf Frhr. Rüdert von Collenberg-
Eberstadt, Geh. Regierungsrath. S. o.

Stellvertreter: Julius Lacher, Oberamtmann in Mann-
heim. S. o.

Für 8 Schiedsgerichte gewerblicher Berufsgenossenschaften mit dem Sitze in Mannheim:

Vorsitzender: Julius Lacher, Oberamtmann in Mann-
heim. S. o.

Stellvertreter: Rudolf Frhr. Rüdert von Collenberg-
Eberstadt, Geh. Regierungsrath. S. o.

Für 7 Schiedsgerichte gewerblicher Berufsgenossenschaften in Karlsruhe, für das Schiedsgericht der Staats-Eisenbahn- und Dampf-
schiffahrts-Verwaltung, sowie für die Bauarbeiten des Staats und
der öffentlichen Verbände:

Vorsitzender: Adolf Ostner, Verwaltungsgerichtsrath. S. u.

Stellvertreter: Karl August Kopp, Geh. Regierungsrath. S. o.

Für das Schiedsgericht einer gewerblichen Berufsgenossenschaft mit dem Sitze in Pforzheim:

Vorsitzender: Alexander Pfisterer, Geh. Regierungsrath. S. o.

Stellvertreter: Ferdinand Habermehl, Oberbürgermeister.

§ 3a.

Für 4 Schiedsgerichte gewerblicher Berufsgenossenschaften mit dem Sitze in Freiburg:

Vorsitzender: Leopold Sonntag, Geh. Regierungsrath. S. o.

Stellvertreter: Eduard Selbner, Amtmann. S. o.

II. Verwaltungs- = Rechtspflege.

Die Rechtspflege in bestimmten vom Gesetz bezeichneten Streitigkeiten über Ansprüche und Verbindlichkeiten aus dem öffentlichen Recht wird in erster Instanz regelmäßig von den Bezirksrathen unter dem Vorsitz des Bezirksbeamten, und in der letzten Instanz von dem Verwaltungs-Gerichtshof ausgeübt.

Zu derartigen Streitigkeiten gehören namentlich jene über Ortsbürgerrecht, Bürgerneuzen, Beiträge und persönliche Leistungen zu Gemeindezwecken, Gemarkungsrechte, öffentliche Unterstützung, Einquartierung und Vorspann, Kirchenverbandsbeiträge, Gemeindegew- und Kreisstraßen-Beiträge u. s. w.

In anderen Fällen erkennt der Verwaltungs-Gerichtshof in erster und letzter Instanz auf Klagen gegen Entscheidungen der Verwaltungs-

behörden, so über die Schuldigkeit zu Staatsabgaben, über Stiftungen betreffende Streitigkeiten, über Beitragspflicht der Gemeinden zu Fluß- und Dammbau, zum Aufwand für Landstraßen, über streitige Wegunterhaltung, Stimmberechtigung und Wählbarkeit, Gültigkeit angefochtener Gemeinde-, Kreiswahlen zc., über den Anspruch auf Staatsangehörigkeit, auf Klagen gegen Entscheidungen der Aufsichtsbehörden in Krankenversicherungssachen u. s. w., endlich auf Klagen gegen gewisse polizeiliche Verfügungen der Bezirksämter und Bezirksräthe, gegen Verfügungen der Staatsaufsichtsbehörden, durch welche Gemeinden, Gemarkungsinhabern, Kreisen zc. eine ihnen nicht obliegende Leistung auferlegt wird u. s. w.

Alle Verhandlungen von Verwaltungsstreitigkeiten vor den Bezirksräthen und dem Verwaltungs-Gerichtshofe sind mündlich und öffentlich, unter schriftlicher Festsetzung des thatächlichen Verhältnisses und des Ergebnisses der Beweise, soweit es als Grundlage für die Entscheidung nöthig ist.

Gegen die Entscheidungen des Verwaltungs-Gerichtshofes steht dem Vertreter des Staatsinteresses die Nichtigkeitsbeschwerde wegen Unzuständigkeit oder Gewaltüberschreitung zu. Ueber diese entscheidet der Kompetenz-Gerichtshof.

1. Verwaltungs-Gerichtshof

(mit dem Sitz in Karlsruhe).

Der Verwaltungs-Gerichtshof urtheilt in Versammlungen von 5 Mitgliedern. Die Mitglieder müssen zum Richteramt befähigt sein, die erforderlichen Erfahrungsrichter werden aus der Zahl der Oberlandesgerichts-Räthe berufen und bekleiden ihre Stelle als Nebenamt auf die Dauer ihres Hauptamtes. Der Verwaltungs-Gerichtshof hat vor seiner Entscheidung den von jedem Ministerium für seinen Geschäftskreis aufgestellten Vertreter des Staatsinteresses zu hören, der in der Sitzung des Gerichts seine Anträge stellt und begründet. Die Bevollmächtigten der Parteien müssen aus der Zahl der Rechtsanwälte sein. Die selbst auftretende Partei muß von einem solchen begleitet sein. Die dienstliche Aufsicht führt das Ministerium des Innern.

Präsident:

August Joos, Geh. Rath II. Kl. \oplus 2b.-PRA2b.-RSt3.

Räthe:

Dr. Karl Ullmann, Geh. Rath III. Kl. \oplus 2b m. C.-~~1~~1.- \ominus .-
PRA3.-HBS2b.-AA2b.-FEL3b.

Otto Sachs, Geh. Rath III. Kl. ⚔2b m. E.-Ⓜ.-PKM3.-
SW2b.

Adolf v. Feder, Geh. Rath III. Kl. ⚔3a m. E.

Adolf Ostner, Verwaltungsgerichts-Rath. ⚔3a m. E.-PK3.

Ersatzrichter:

Gustav Christ, Oberlandesgerichts-Rath. S. o.

Wilhelm Rupp, Oberlandesgerichts-Rath. S. o.

Kanzlei:

Sekretariat: Friedrich Sauerbeck, Amtmann a. D., zur
Verwendung beigegeben.

Registrator: } August Lang, Kanzleirath.

Expeditor: }

2 Kanzleiaffistenten, 1 Kanzleidiener.

2. Bezirksräthe.

Die Wahrung des öffentlichen Interesses bei den Verhandlungen und Entscheidungen des Bezirksrathes steht dem vorstehenden Beamten zu, der gegen letztere, wenn er aus Gründen des öffentlichen Interesses erhebliche Bedenken dagegen hegt, den Refurs an den Verwaltungs-Gerichtshof ergreifen kann.

(Siehe oben unter Bezirksämter.)

III. Kreise und Gemeinden.

Die gesetzlich gebotenen allgemeinen Einrichtungen der Selbstverwaltung für bestimmte räumliche Bezirke des Staatsgebietes sind die Gemeinden und die Kreisverbände. Innerhalb der letzteren können sich, unbeschadet der Verpflichtungen gegen den Kreis, mit Genehmigung des Ministeriums des Innern Bezirksverbände bilden.

Gemeinden und Kreise bilden körperschaftliche Verbände und besorgen ihre Angelegenheiten selbständig, vorbehaltlich der gesetzlichen Aufsichtsrechte des Staates. Sie haben das Recht, Vermögen zu erwerben und zur Bestreitung ihrer gesetzlichen Ausgaben Steuern zu erheben. Die Gemeinden machen der gesetzlichen Regel gemäß ihre Umlagen auf die (für die Staatssteuer konstatirten) Grund-, Häuser-, Gewerbe- und Kapitalrentensteuer-Kapitalien, sowie auf die Einkommensteuer-Anschläge ihrer Gemarkung. Die Kreisverbände legen die Beiträge zu ihren Ausgaben auf die Gemeinden und abgeordneten Gemarkungen des Kreises nach dem Verhältniß der der Gemeindebesteuerung unterliegenden Steuerkapitalien um.